

zu**Klampen!**



Noam Chomsky

Wirtschaft und Gewalt

Vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung

aus dem Amerikanischen

von Michael Haupt

zu**Klampen!** 

3. Auflage 2015
© 1993 zu Klampen Verlag • Röse 21 • 31832 Springe
www.zuklampen.de

© der Originalausgabe by
Noam Chomsky 1993
Titel der Originalausgabe:
Year 501. The Conquest Continues
South End Press, Boston, Ma. 1993

Druck: Bookfactory – Der Verlagspartner GmbH • Bad Münster
Umschlaggestaltung: Groothuis & Consorten • Hamburg

ISBN 978-3-86674-520-9

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Inhalt

Vorwort zur deutschen Ausgabe	9
-------------------------------	---

ERSTER TEIL ALTER WEIN, NEUE SCHLÄUCHE

I. »Das große Werk der Unterwerfung und der Eroberung«	27
1. »Die brutale Ungerechtigkeit der Europäer«	30
2. »Bäume und Indianer fallen«	51
3. Wohltätigkeit	60
II. Umrisse der Weltordnung	68
1. Die Logik der Nord-Süd-Beziehungen	68
2. Nach dem Kolonialismus	77
3. Der Club der reichen Männer	85
4. Das Ende der Wohlstandsallianz	92
5. Der »abscheuliche Wahlspruch der Herrschenden«	98
6. Das neue imperiale Zeitalter	107
III. Nord-Süd, Ost-West	113
1. Ein riesiger »fauler Apfel«	113
2. »Logische Unlogik«	118
3. Rückkehr zur Normalität	128
4. Einige Erfolge des freien Marktes	136
5. Nach dem Kalten Krieg	142
6. Die sanfte Linie	151

ZWEITER TEIL
HEHRE PRINZIPIEN

IV. Demokratie und Markt	156
1. Die Freiheit, die zählt	156
2. Der Flug der Hummel	158
3. Die frohe Botschaft	170
4. Neuformierung der Industriepolitik	172
V. Die Menschenrechte: das pragmatische Kriterium	182
1. Die Realität und ihr Mißbrauch	182
2. Den Anker sichern	184
3. Siegesfeier	191
4. Das Ziehen von Schlußstrichen	198

DRITTER TEIL
DAUERTHEMEN

VI. Eine »reife Frucht«	207
VII. Alte und neue Weltordnungen: Lateinamerika	227
1. »Der Koloß des Südens«	227
2. »Das Wohlergehen des kapitalistischen Weltsystems«	239
3. Die Demokratie schützen	234
4. Den Sieg sichern	239
5. »Eine typisch amerikanische Erfolgsgeschichte«	242
6. Der triumphierende Fundamentalismus	247
7. Andere Mörderstaaten	250
8. »Unser Wesen und unsere Traditionen«	262
9. Ein bißchen Handwerkszeug	266

VIII. Haitis Tragödie	282
1. »Die erste freie Nation freier Menschen«	282
2. »Selbstlose Intervention«	287
3. »Die Politik hat Vorrang«	296
 IX. Die Last der Verantwortung	 314
1. Irrationale Verachtung	314
2. Versuchskaninchen	318
3. Die Vertreibung der Indianer	324
4. »Die amerikanische Psyche«	329
 VIERTER TEIL ERINNERUNGEN	
 X. Mord an der Geschichte	 332
1. Ein Datum der Niedertracht	332
2. Fehlende Glieder in der Kette	337
3. Ein bißchen Unterricht in »politischer Korrektheit«	345
4. »Selbstmitleid« und andere Charakterschwächen	351
5. Unser sensibler Umgang mit Geschichte	367
6. »Haltet den Dieb!«	372
7. Ein Datum ohne Niedertracht	378
 XI. Die Dritte Welt im eigenen Land	 385
1. »Das Paradox des Jahres 1992«	385
2. »Ein Kampf auf Leben und Tod«	392
3. »Unseren Nachbarn fragen«	400
 Nachweise und Anmerkungen	 403
Bibliographie	425
Glossar	431

Vorwort zur deutschen Ausgabe

Die Originalversion dieses Buches erschien Anfang 1993 unter dem Titel *Year 501: the Conquest Continues*. Das bezog sich natürlich auf die Ankunft von Christoph Kolumbus in der amerikanischen Welt, auf den fünfhundertsten Jahrestag der Entdeckung Amerikas, der im Oktober 1992 begangen wurde. Sie gehörte zu einer ganzen Reihe entscheidender Ereignisse, die Europa den Weg zur Eroberung der Welt bahnten. In dieser langen Epoche hat es dramatische Veränderungen gegeben, aber viele von ihnen sind nichts als Variationen einiger durchgehaltener Themen, deren Melodie bis heute zu hören ist, da wir in eine »Ära der Verheißung« eintreten und »einen jener seltenen Augenblicke« erleben dürfen, in denen »die Weltgeschichte sich wandelt«. Jedenfalls war das Außenminister Bakers erhebende Vision, als die USA sich daran machten, den Irak zu bombardieren. Tatsächlich war damit nur eine neue Phase des »großen Werks der Unterwerfung und der Eroberung« eingeläutet worden. So jedenfalls lautete die Formulierung überschwenglicher amerikanischer Schriftsteller, die im neunzehnten Jahrhundert erwartungsfroh in die Zukunft schauten.

Die Leitmotive sind einfach und direkt; sie wurden von den politischen Führern der Welt gelegentlich mit aller Deutlichkeit vorgetragen. Als nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue Weltordnung errichtet wurde, formulierte Winston Churchill die Lehren, die bei ihrer Durchsetzung zu beherzigen wären: »... die Welt sollte von den saturierten Nationen regiert werden, die nicht mehr begehren, als sie bereits besitzen. Läge die Regierung der Welt in den Händen hungrierer Nationen, gäbe es fortwährend Gefahr. Aber von uns hätte keiner irgendeinen Grund, mehr besitzen zu wollen. Dergestalt könnte der Friede von Völkern bewahrt werden, die auf ihre Weise leben und nicht ehrgeizig sind. Unsere Macht hat uns über die anderen erhoben. Wir könnten uns verhalten wie reiche Männer, die auf ihrem eigenen Grund und Boden in Frieden leben.« Herrschaft auszuüben ist nicht nur das Recht der Reichen, sondern auch ihre Pflicht.

Indes sind zwei fehlende Anmerkungen hinzuzufügen. Erstens mangelt es den reichen Männern keineswegs an Ehrgeiz. Ständig gibt es neue Gelegenheiten, sich zu bereichern und andere zu be-

herrschen, und das Wirtschaftssystem macht es leider unumgänglich, diese Gelegenheiten wahrzunehmen, denn wer zu spät kommt, wird vom Leben bestraft. Zweitens dient die Vorstellung, »Nationen« oder »Völker« würden als Akteure in der internationalen Arena auftreten, der üblichen ideologischen Drapierung, hinter der sich die Tatsache verbirgt, daß es innerhalb der reichen wie auch der hungrigen Nationen radikale Unterschiede hinsichtlich der Verteilung von Macht und Privilegien gibt. Zieht man den Schleier der Täuschung von Churchills Empfehlung, so lautet sie schlicht, daß die reichen Männer der reichen Gesellschaften die Welt regieren, untereinander um einen größeren Anteil an Macht und Reichtum konkurrieren und gnadenlos alle unterdrücken sollen, die ihnen im Wege stehen. Unterstützung erhalten sie von den reichen Männern der »hungrigen Nationen«, die in diesem Spiel ihren Einsatz machen sollen. Die anderen dienen und leiden.

Das sind alles Binsenweisheiten. Vor über 200 Jahren hat Adam Smith, der häufig mißverstandene Held des gegenwärtigen westlichen Triumphzuges, beschrieben, daß die Reichen dem »abscheulichen Wahlspruch der Herrschenden« folgen: »Alles für uns und nichts für die anderen.« Wie selbstverständlich benutzen sie die Staatsmacht, um ihre Ziele zu erreichen. Zu seiner Zeit waren die »Kaufleute und Produzenten« die »führenden Architekten« der Politik, die sie so ausrichteten, daß ihre Interessen »vorrangig wahrgenommen werden konnten«, ungeachtet der »schmerzlichen« Auswirkungen auf andere – wozu auch die Bevölkerung ihrer eigenen Heimatländer gehörte.

Wie in jedem komplexen System lassen sich weitere Schattierungen und Nebenwirkungen angeben; aber in Wahrheit sind dieses die Grundthemen der alten ebenso wie der neuen Weltordnung.

Die elementaren Tatsachen sind den Opfern wohlbekannt. Die vorläufig letzte Version einer Neuen Weltordnung wurde im Januar 1991 von George Bush verkündet, als Bomben auf Bagdad und Basra niederregneten und die unglücklichen Wehrpflichtigen sich im Wüstensand versteckten. Seine Erklärungen lösten bei Journalisten und in den Kreisen der Gebildeten viel Bewunderung und Zustimmung aus, aber diese Reaktion blieb weitgehend auf den Westen beschränkt.

Ein paar Tage nach Verkündigung des neuen Zeitalters hieß es in der *Times of India*, der Westen strebe »ein regionales Jalta [an], bei dem die mächtigen Nationen die arabischen Beutestücke unter sich

aufteilen«. Und weiter: »Das Verhalten der Westmächte hat uns die Kehrseite der westlichen Zivilisation gezeigt: ihre ungezügelte Gier nach Herrschaft, ihre morbide Anbetung hochtechnologischer Rüstung, ihr Mangel an Verständnis für ›fremde‹ Kulturen, ihr abstoßender Chauvinismus...«. Eine führende Monatszeitschrift der Dritten Welt, die in Malaysia erscheint, verurteilte den »feigsten Krieg, der je auf diesem Planeten geführt wurde«. Der Auslandsredakteur einer großen brasilianischen Tageszeitung schrieb: »Was im Golf praktiziert wird, läuft auf die nackte Barbarei hinaus, die ironischerweise unter dem Deckmantel der Zivilisation auftritt. Bush ist genauso verantwortlich wie Saddam ... In ihrer Unbeweglichkeit folgen sie einzig der kalten Logik geopolitischer Interessen und zeigen für das menschliche Leben nichts als Verachtung.« Eine Karikatur in einer chilenischen Zeitschrift zeigte Bush in einer Badewanne voller Kriegsspielzeug. Im dazugehörigen Artikel bemerkte Mario Benedetti: »Wenn die Vereinigten Staaten vom Befreiungsfieber geschüttelt werden, läuten überall die Alarmglocken, vor allem in der Dritten Welt«, die nicht das westliche Talent besitzt, das »befreite Wrack« schnell wieder zu verlassen. Benedetti fand vielsagende Parallelen zwischen Bushs »Neuer Weltordnung« und den großraumpolitischen Vorstellungen von Mussolini und Hitler. Jener verfolge mit dem Golfkrieg die »erklärte Absicht, der Dritten Welt wie auch den alten und neuen Verbündeten der USA zu zeigen, daß ab jetzt Washington befiehlt, einmarschiert und das Gesetz diktiert, punktum«. Für die Dritte Welt »könnte sich die Schwächung der Sowjetunion und der gleichzeitige Sieg [der USA] am Golf als verhängnisvoll erweisen, ... weil der Zusammenbruch des internationalen militärischen Gleichgewichts bisher das Herrschaftsverlangen der Vereinigten Staaten einigermaßen im Zaum gehalten hat«, während nun der westliche Chauvinismus »zu noch wilderen imperialistischen Abenteuern angestachelt werden könnte«. Die Dritte Welt aber müsse nun sämtliche Götter anflehen, sie möchten »Bush und Powell überreden, nicht zu unserer Befreiung auszurücken.«

Die allgemeine Stimmung in der Dritten Welt faßte Kardinal Paulo Evaristo Arns aus Sao Paulo zusammen. In den arabischen Ländern »haben die Reichen die US-Regierung unterstützt, während die Millionen von Armen diese militärische Aggression verdammt«. In der ganzen Dritten Welt, so der Kardinal, »herrschen

Haß und Furcht: Wann werden die US-Truppen bei uns einmarschieren?«, und unter welchem Vorwand?

Diese Ängste wurden nicht vermindert, als Washington wegsah, während sein alter Freund und Bündnispartner Saddam Hussein rebellierende Shiiten und Kurden massakrierte, was er, wie die Presse unsichtbar erklärte, natürlich nur aus Gründen der »Stabilität« vollbrachte. Als die USA und Großbritannien die chauvinistischen Gefühle wieder ein wenig anheizen wollten und zu diesem Zweck den libyschen Punchingball aus der Ecke holten, bezeichnete die halbamtliche ägyptische Zeitung *Al-Ahram* die Neue Weltordnung als »festen Regeln folgende internationale Piraterie«. Als Bill Clinton in die Fußstapfen seines Vorgängers trat und im Juni 1993 Tomahawk-Raketen auf die Innenstadt von Bagdad abfeuern ließ, schrieb eine führende Tageszeitung in Bahrain: »Amerika kann mit Arabien mittlerweile ad libitum verfahren und sucht noch nicht einmal nach einem halbwegs plausiblen Vorwand, um die jüngste Aggression zu rechtfertigen«, denn Washington vertraut auf die Unterstützung durch den UN-Sicherheitsrat, der zum »bloßen Anhängsel des US-Außenministeriums« geworden ist. Die offizielle Presse in Marokko beschuldigte Clinton, er würde »die neue Weltordnung dazu mißbrauchen, die Länder und Völker der Welt zu versklaven« und den Sicherheitsrat als »Organ der amerikanischen Außenpolitik« benutzen.

Die Reaktionen auf Clintons Bomben beleuchten die Verheißungen des neuen Zeitalters, so wie die Bombardierung ihrerseits nur ein weiterer Hinweis darauf ist, daß das mit großem Aplomb verkündete »Mandat für den Wandel« – ein Ausdruck, den Clintons PR-Leute von Eisenhower geborgt haben – in Wirklichkeit nichts anderes bedeutet als »Alles läuft weiter wie bisher«.

Die Bombardierung war die Reaktion auf ein angeblich geplantes Attentat, dem Präsident Bush in Kuwait zum Opfer fallen sollte. Dort führte man gegen die Angeklagten eine dubiose Gerichtsverhandlung, als die Raketen abgeschossen wurden. Die Schlagzeilen betonten Washingtons Ankündigung, man habe »gewisse Beweise«, die den Irak belasteten. Nur sehr sorgfältige Leser bemerkten, daß die Regierung, wie sie im Stillen auch zugab, bestenfalls »Indizien« in Händen hielt. Diese Tatsache wurde kaum zur Kenntnis genommen und schnell als bedeutungslos ad acta gelegt. Großen Beifall spendete die Heimat, als Washington sich zur Rechtfertigung der Bombardierung auf den Artikel 51 der Charta der Vereinten Natio-

nen berief. Der Artikel legt fest, daß die Selbstverteidigung gegen einen »bewaffneten Angriff« bis zum Einschreiten des Sicherheitsrates legitim ist, allerdings muß, so will es das internationale Recht, die Notwendigkeit zum Handeln »unmittelbar gegeben und von höchster Dringlichkeit sein und darf keine Verzögerung hinsichtlich einer Entscheidung über die Mittel gestatten«. Daß Washington für die Bombardierung Bagdads zwei Monate nach einem angeblichen Attentatsversuch auf einen früheren Präsidenten den Artikel 51 bemüht, kann nicht einmal mehr absurd genannt werden. Die Kommentatoren haben sich wenig darum geschert.

Die *Washington Post* versicherte den Führungsschichten der Nation, daß die Fakten und der Artikel 51 »nahtlos zusammenpaßten«. Die Zeitung lobte Clinton dafür, daß er »der feindlichen Aggression entgegengetreten« sei und die Befürchtung widerlegt habe, er könnte sich zur Anwendung von Gewalt weniger bereitwillig zeigen als seine Vorgänger. Die Bombardierung beseitigte die Gefahr einer möglichen »dauerhaften Lähmung der US-amerikanischen Außenpolitik, die sich in der Ära nach dem Ende des Kalten Krieges durch die Beschränkungen des Multilateralismus« – das heißt, durch das internationale Recht und die UN-Charta – »am Horizont abzeichnete«. Andere stimmten dem zu, und nur wenige fragten sich, ob der Artikel 51 wirklich auf die Sachlage zutreffe. Die Schlußfolgerung, daß die Bombardierung ein weiterer Akt krimineller Gewaltanwendung gewesen sei, zogen sie allerdings nicht.

Es ist, nebenbei bemerkt, nicht schwierig sich vorzustellen, wie die Welt aussähe, wenn Washingtons Verhaltenskodex zum allgemeinen Gesetz erhoben würde: sie wäre ein Dschungel, in dem die Mächtigen ihren Willen nach Belieben durchsetzten. Sie wäre, kurz gesagt, wie die Welt, die wir sehen, sobald wir die Scheuklappen der Ideologie ablegen.

Sieben der 23 Raketen verfehlten ihr Ziel und trafen stattdessen Wohngebiete. Acht Zivilisten wurden getötet, berichtete die *Washington Post* aus Bagdad, darunter die bekannte Künstlerin Layla al-Attar und ein Mann, der, als er gefunden wurde, noch sein Baby in den Armen hielt. Es gilt als ausgemacht, daß ein Raketenangriff gar nicht ohne technische Pannen ablaufen kann, doch der »Hauptvorteil« hierbei war, so betonte Verteidigungsminister Les Aspin, daß »die US-Piloten kein Risiko eingehen mußten«, was bei zielgenauem Vorgehen unvermeidlich gewesen wäre. So traf das

Risiko irakische Zivilisten, aber irgendjemand muß sich ja schließlich opfern.

Clinton war über das Ergebnis hocherfreut. »Ich bin sehr zufrieden mit dem, was mir bis jetzt gemeldet wurde, und ich denke, das amerikanische Volk sollte ebenfalls zufrieden sein«, sagte der tief religiöse Präsident am nächsten Tag auf dem Weg zur Kirche. Seine Freude wurde von vielen Kommentatoren und Leitartiklern des beschränkten politischen Spektrums ebenso geteilt wie von den Tauben im Kongreß, die den Angriff als »angemessen, vernünftig und notwendig« beurteilten (Barney Frank, ein führender Liberaler aus Massachussetts).

Vielfach wurde darauf hingewiesen, daß die Bombardierung politisch klug gewesen sei, habe sie doch dem Präsidenten in einer schwierigen Situation öffentliche Unterstützung verschafft, indem er die Bevölkerung unter der Fahne sammelte. Das ist die gewohnte Reaktion auf eine offensichtliche Krise. Clinton wurde auch dafür gelobt, das Leben von Amerikanern nicht aufs Spiel gesetzt zu haben. Natürlich hätten die USA in Bagdad noch viel schrecklichere Verwüstungen anrichten können, ohne zu riskieren, daß Menschen dabei sterben, auf deren Leben es ankommt. Aber das wäre unklug gewesen. Der Präsident »wollte unter der Zivilbevölkerung keinen ernsthaften Schaden anrichten«, erklärt Thomas Friedman, Chef-Auslandskorrespondent der *New York Times*: »Ein Schlag, der noch mehr Opfer in der Zivilbevölkerung gekostet hätte, würde wahrscheinlich keine Unterstützung für Washington, sondern eher Sympathie für den Irak hervorgerufen haben.«

Trotz dieses kraftvollen Arguments gegen Massenmord waren nicht alle mit der Zurückhaltung des Präsidenten zufrieden. In der *New York Times* rügte William Safire die Regierung, sie habe Saddam »nur ein bißchen auf die Finger geklopft«, statt seine »Kriegsmaschinerie und seine wirtschaftliche Basis« in voller Breite anzugreifen und »alle Hoffnungen auf einen baldigen Wiederaufbau nachhaltig zu zerstören«. Diese Bedenken wurden von der liberalen *New Republic* und anderen Blättern geteilt.

Das bemerkenswerteste Kennzeichen der Medienreaktion war der Mantel des Schweigens, der über eine – für jeden seiner Sinne halbwegs mächtigen Leitartikler ganz offenkundige – Tatsache gebreitet wurde: Washington hält den Weltrekord an politischen Mordversuchen. Zu den Zielpersonen gehörten unter anderem Fidel Castro, Patrice Lumumba und Ghaddafi. Folgte man der von Regierung

und Medien vertretenen Logik, müßten wir die halbe Welt dazu aufrufen, Bomben auf New York und Washington zu werfen. Es gab, um es genau zu sagen, durchaus Hinweise auf den Mordversuch an Ghaddafi. So bemerkte Thomas Friedman in der *New York Times*: »Der Luftangriff auf Libyen zielte direkt auf Oberst Ghaddafi, Mitglieder seiner Familie wurden getötet, und er entging nur knapp der Gefahr, in seinem Zelt in die Luft gesprengt zu werden.« Was schließen wir daraus? Die Mordversuch an Ghaddafi ist ein würdiger Vorläufer von Clintons Vergeltungsschlag für eine angebliche Verschwörung zur Ermordung George Bushs.

Die Neue Weltordnung ist eine höchst wundersame Konstruktion.

Solche Reaktionen, die das Meinungsspektrum der Führungsschichten adäquat wiedergeben, erteilen nützliche Lektionen über die Aussichten, die sich uns eröffnen. Folgt man den Normen der zivilisierten Gesellschaft, so sind Mordanschläge, Terrorismus, Folter und Aggression hart zu bestrafende Verbrechen, wenn sie auf Personen zielen, auf die es ankommt; sie sind keiner Erwähnung wert oder gar lobenswerte Akte der Selbstverteidigung, wenn der höchste Mafia-BOß die Verbrechen im Namen der freien Welt selbst ausführt. Diese Wahrheiten sind uns so selbstverständlich, daß sie in nahezu 100 Prozent der Berichte und Kommentare über Clintons Angriff vertreten wurden; ja, man ging sogar so weit, US-amerikanische Mordversuche an ausländischen Politikern als Rechtfertigung für den Angriff auf den Irak anzuführen! Jeder totalitäre Staat könnte stolz darauf sein, eine Intellektuellenschicht zu besitzen, die Derartiges fertigbringt.

Andere aktuelle Ereignisse unterstreichen das eben Gesagte. Der Irak kann nach Belieben bombardiert werden. In Somalia haben UN-Truppen, die de facto unter US-amerikanischem Kommando stehen, die Erlaubnis zu Vergeltungsschlägen gegen lokale Streitkräfte. Es hat bereits viele Opfer unter der Zivilbevölkerung gegeben. Ganz anders lauten die Regeln des militärischen Engagements, wenn es um den Völkermord in Bosnien oder um Angola geht, wo Grausamkeiten ähnlichen Ausmaßes begangen werden, die hier nicht einmal die Öffentlichkeit erreichen. Eine Intervention zur Eindämmung der Gewalttaten ist jedoch nicht vorgesehen, und die USA weigern sich strikt, in Bosnien Bodentruppen zu stationieren. In Somalia dagegen sind Bombardements und Truppenstationierungen erlaubt.

Die Operationskriterien sind nicht schwer zu durchschauen. In Bosnien ist der Einsatz von Bodentruppen mit hohen Risiken verbunden, und Vergeltungsschläge würden den Westen teuer zu stehen kommen. In Somalia dagegen rechnet man damit, leichtes Spiel zu haben. Krieg und Gewalt im ehemaligen Jugoslawien könnten für den Westen bedrohlich werden und sind von daher aufmerksam zu beobachten. Dagegen berührt der Bürgerkrieg in Angola die westlichen Interessen nicht weiter und kann getrost sich selbst überlassen bleiben. Überdies ist der Hauptakteur, Jonas Savimbi, ein treuer Vassall der USA und gilt dort bei vielen führenden Politikern als »Freiheitskämpfer«. Jeane Kirkpatrick nannte ihn sogar »einen der wenigen wirklichen Helden unserer Zeit«, nachdem seine Streitkräfte unter anderem mit dem Abschuß von Zivilflugzeugen geprahlt hatten. Einige hundert Menschen kamen dabei ums Leben. Unterstützt von Südafrika und den USA begingen Savimbis Truppen wahre Heldentaten an Zerstörung und Grausamkeit. Aber davon soll die Öffentlichkeit genauso wenig etwas erfahren wie von den Gräueltaten des fanatischen islamischen Fundamentalisten Gulbuddin Hekmatyar, die dieser Günstling der CIA in Afghanistan begeht.

Prinzipiell sollten, so das zugrundeliegende Leitmotiv, militärische Eingriffe nur vorgenommen werden, wenn das Eigeninteresse dies gebietet. Die Geschichte gibt uns genügend Beispiele an die Hand. Natürlich sind die historischen Umstände auch bei parallel gelagerten Fällen (wie zum Beispiel Ost-Timor und Kuwait) niemals völlig gleich, was den Apologeten, die den jeweiligen Kurs der Mächtigen begründen und rechtfertigen müssen, natürlich entgegenkommt. Doch vergleichende Untersuchungen lassen schnell erkennen, daß die Begründungen, selbst wenn sie in dem einen oder anderen Fall solide sind, nicht auf der operativen Ebene liegen. Operative Gründe lassen sich gar nicht formulieren, außer durch ehrliche Zyniker der Art Churchills, dessen »reiche Männer« von den veränderten Bedingungen profitieren.

Nach dem Ende des Kalten Krieges dürfen umfangreiche Teile des ehemaligen Herrschaftsgebiets der Sowjetdiktatur wieder die traditionell dienende Rolle übernehmen, die ihnen als Ländern der Dritten Welt zukommt. Die Wirtschaftspresse hat bereits darauf hingewiesen, daß sich daraus neue Gewinnmöglichkeiten schöpfen und neue Waffen gegen die Bevölkerung der reichen Nationen selbst schmieden lassen. General Motors plant die Schließung von zwei Dutzend Werken in den USA und Kanada, ist aber zum größten

Arbeitgeber in Mexiko geworden. Der Konzern hat sich das dortige »Wirtschaftswunder« zunutze gemacht, mittels dessen die Löhne in den letzten zehn Jahren um 60 Prozent gefallen sind, was vielerorts mit Beifall aufgenommen wurde. Nun winken in Ost- und Mitteleuropa ähnliche Bedingungen. General Motors baute für 690 Millionen Dollar ein Fertigungswerk in Ostdeutschland auf, wo die Arbeiter, wie die *Financial Times* glücklich erklärte, längere Arbeitszeiten und geringere Löhne in Kauf zu nehmen bereit sind als ihre »verwöhnten Kollegen im Westen«. Unter der Überschrift »Neues Leben blüht aus kommunistischen Ruinen« – nicht alles im Osten ist düster – berichtet die *Financial Times* über neue Möglichkeiten für die Konzerne, ihre Kosten zu senken. Denn mit dem Fortschreiten des kapitalistischen Reformprozesses »werden große Teile der Industriearbeiterschaft Opfer von Armut und Arbeitslosigkeit«. In dieser Hinsicht bietet Polen sogar noch günstigere Bedingungen als Ostdeutschland; dort verlangen die Arbeiter gar nur 10 Prozent des Lohns, der im Westen gezahlt wird. Das verdankt sich nicht zuletzt »der härteren Arbeitsmarktpolitik, die die polnische Regierung betreibt«. Als der Westen noch gegen den Erzfeind kämpfte, war die polnische Gewerkschaft *Solidarität* der große Liebling. Jetzt gehört sie, wie die Arbeiterbewegung im Westen, selbst zu den Feinden.

Business Week erläutert, was auf die westeuropäischen Arbeiter zukommt. »Hohe Löhne müssen ebenso der Vergangenheit angehören wie Unternehmenssteuern, kürzere Wochenarbeitszeiten ebenso wie die Unbeweglichkeit der Arbeitskräfte und luxuriöse Sozialprogramme.« In dieser Hinsicht kann Europa von Großbritannien lernen. Hier nämlich, so vermerkt die Londoner Zeitschrift *Economist* zustimmend, werde »endlich etwas getan«. Durch die juristische Maßregelung der Gewerkschaften, durch hohe Arbeitslosigkeit und die Ablehnung der Sozialcharta des Vertrages von Maastricht sind die Unternehmer »vor zu starker Regulierung und zu geringer Flexibilität der Arbeitskräfte« geschützt. Diese und ähnliche Lektionen werden die Arbeiter in Nordamerika auch noch lernen.

Die grundlegenden Ziele beschrieb der Präsident von »United Technologies«, Harry Gray, mit wünschenswerter Deutlichkeit: Wir brauchen »weltweit ein Geschäftsklima, das nicht von Regierungserlassen und -vorschriften behelligt wird«. Insbesondere hält Gray Maßnahmen zum Schutz der Konsumenten (Inspektionen, Angaben auf Verpackungen) für überflüssig. Die Gewinne der Investoren sind der höchste menschliche Wert, dem alles andere un-

tergeordnet werden muß. Natürlich spricht sich Gray nicht gegen Regierungsmaßnahmen aus, die seinem Konzern, einem Ableger des Pentagon-Systems, das Überleben garantieren. Der Neoliberalismus ist eine Waffe gegen die Armen; die Reichen und Mächtigen werden sich zur Wahrung ihrer Interessen auch weiterhin auf die Staatsmacht verlassen.

Im Gefolge der Globalisierung der Wirtschaft entstehen neue Regulationsmechanismen, die den Interessen transnationaler Wirtschaftsmächte dienen sollen. Dazu gehören zentral gesteuerte Transaktionen, die, wenn sie nationale Grenzen überschreiten, »Freihandel« genannt werden; dazu gehört ebenso ein zunehmender Protektionismus – gleichfalls »Freihandel« genannt –, der gewährleistet, daß die transnationalen Konzerne die Technologien der Zukunft kontrollieren. Ein weiteres Resultat dieser Globalisierung ist die Ausweitung der für Länder der Dritten Welt so typischen Zweiklassen-Gesellschaft auf die Industrienationen. Hier haben die USA die Führung übernommen. Strategisch, politisch und wirtschaftlich einzigartig ausgestattet, besitzen die Vereinigten Staaten auch eine außerordentlich mächtige und klassenbewußte Unternehmenskultur, die den in anderen Ländern durch Kämpfe und Auseinandersetzungen erzwungenen Sozialvertrag nicht übernehmen mußte. Ein Gang durch eine beliebige amerikanische Großstadt veranschaulicht die Statistiken über Unterernährung, Kindersterblichkeit, Armut und andere Elemente dessen, was die Wirtschaftspresse das »Paradox des Jahres 1992« nannte und in der Formel »Schwache Wirtschaft, starke Gewinne« bündig zusammenfaßte. Daß der Nachfolger von George Bush, seines Zeichens konservativer Demokrat, dieses Paradox durch seine Politik nur verschärfen wird, steht außer Zweifel.

Als geographische Einheit ist das Land längst nicht mehr wichtig, die Banken und Konzerne spielen ein anderes Spiel. Zunehmend kann die Produktion in Länder mit starker politischer Unterdrückung und niedrigen Löhnen verlagert oder in privilegierte Sektoren der Weltwirtschaft verschoben werden. Große Teile der Bevölkerung werden damit für die Produktion und vielleicht gar für die Konsumtion überflüssig. Die Zeit, in der ein Henry Ford erkannte, daß er seinen Arbeitern in einer national begrenzten Ökonomie anständige Löhne zahlen müsse, um seine Autos verkaufen zu können, ist längst dahin.

Wie steht es nun mit Clintons »Mandat für den Wandel«? Clinton war, was in Europa oftmals mißverstanden wurde, kein Kandidat für

die breiten Schichten der Bevölkerung und hatte ganz sicher keine sozialdemokratischen Ambitionen. Das Wahlvolk stimmte in der Hauptsache »gegen Bush« und traute Clinton nicht, dessen Popularität auch, bald nachdem seine Wahlversprechungen verblaßt waren, in den Keller sank. Zu den verzweifelten Bemühungen, aus diesem Tief herauszukommen, gehörte die Bombardierung des Irak. Clinton hatte eine gewisse Bekanntheit als Führer der konservativen Demokraten erlangt, die ihrerseits kaum vom weniger chauvinistischen und fanatischen Flügel der republikanischen Partei zu unterscheiden sind. Auf die Öffentlichkeit übt er wenig Anziehungskraft aus.

Die beiden Fraktionen – Republikaner und Demokraten – sind im Grunde Flügel einer einzigen Unternehmerpartei, die in vielerlei Hinsicht übereinstimmen, sich jedoch im Hinblick auf ihre Wählerschaft und (bisweilen) ihre taktischen Schwerpunkte unterscheiden. Das sind zwar nur Tendenzen, in denen sich wechselnde Bündnisse niederschlagen, aber sie sind real und zeitigen hin und wieder politische Konsequenzen. Die Demokraten sind von ihrer Basis her stärker in den sozialen Bewegungen – bei Arbeitern, Frauen, Minderheiten und den Armen – verhaftet. Die Republikaner haben sich immer sehr viel offener und umstandsloser als Partei der Besitzenden, der Firmeneigner und -manager präsentiert. Ihre Basis in der Bevölkerung suchten sie durch den Appell an chauvinistische Instinkte, Angst, religiösen Fanatismus und dergleichen. Sie waren damit alles andere als erfolglos: der religiöse Fundamentalismus erreicht eine in den übrigen Industrienationen unbekannte Breitenwirkung, und die Bevölkerung ist jahrzehntelang durch hysterische Propagandakampagnen über angriffsbereite Feinde eingeschüchtert worden, wobei die von John F. Kennedy und anderen an die Wand gemalte »monolithische und gnadenlose Verschwörung« der Kommunisten mittlerweile durch verrückte Araber, internationale Terroristen, hispanische Drogenhändler und andere geeignete Zielgruppen ersetzt worden ist.

Man muß nicht eigens erwähnen, daß keine der beiden politischen Fraktionen ihren breiten Wählerschichten tatsächliche Mitsprache bei wichtigen Dingen, die die Privatwirtschaft betreffen, einräumt. Die Sorgen und Nöte der breiten Mehrheit spielen höchstens eine Nebenrolle; der dramatische Angriff auf die Bürgerrechte während der Reagan-Ära ist ein typischer Fall. Clinton, der sich auf andere Bevölkerungsschichten bezieht, wird die Auswirkungen dieser Politik sicherlich abmildern, was für das Leben der Individuen von

großer Bedeutung sein kann, sich auf die politische Hauptaufgabe jedoch nur am Rande auswirkt: auch Clinton wird das Funktionieren eines Wohlfahrtsstaates für die Reichen zu gewährleisten haben.

Hier entstehen objektive Probleme, die sich nicht wegdekretieren lassen. In der Privatwirtschaft (und von daher auch im politischen System) ist man sich uneins darüber, wie damit umzugehen sei. Eine Hauptsorge gilt der »Industriepolitik«, anders gesagt, der Rolle des Staates bei der Unterstützung von Privatunternehmen. Das wird oft als Suche nach »Arbeitsplätzen« getarnt, weil der Ausdruck »Profit« im ideologischen System vermieden werden muß. Vielleicht war dies der Haupt Gesichtspunkt bei den Wahlen von 1992.

Wie alle entwickelten Industriegesellschaften haben auch die USA von Beginn an eine Wirtschaftspolitik der staatlichen Intervention betrieben, wiewohl diese Tatsache aus ideologischen Gründen gerne geleugnet wird. Während des Kalten Krieges verbarg sich diese »Industriepolitik« hinter dem Pentagon-System und bezog auch das Energieministerium (in dessen Auftrag Nuklearwaffen produziert wurden) sowie die NASA mit ein, die von der Regierung Kennedy zu einer wichtigen Quelle staatlich gelenkter öffentlicher Subventionen für die entwickelte Industrie wurde. In den späten vierziger Jahren hielten es Regierungs- und Wirtschaftskreise für ausgemacht, daß der Staat auf massive Weise intervenieren müsse, um die Privatwirtschaft aufrechtzuerhalten. Das Pentagon-System galt als ideale Umsetzung dieser Ziele. Es bürdet der öffentlichen Hand einen Großteil der Kosten (für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, R&D) auf und garantiert einen Absatzmarkt für die Überschußproduktion. Das ist ein nützliches Ruhekissen für Management-Entscheidungen. Darüber hinaus ist eine solche Industriepolitik frei von den unerwünschten Nebenwirkungen, die Sozialausgaben für menschliche Bedürfnisse mit sich bringen. Diese nämlich zeitigen nicht nur höchst unerfreuliche Umverteilungseffekte, sondern geraten auch den wirtschaftspolitischen Präferenzen des Managements ins Gehege; die Produktion nützlicher Güter könnte eventuell die privat erzielten Gewinne aushöhlen, während die staatlich subventionierte Ausschußproduktion (Waffen, bemannte Mondexpeditionen usw.) für den Eigner und Manager ein reines Geschenk ist, weil er darüber hinaus auch noch die marktverwertbaren Nebenprodukte kontrolliert. Des weiteren könnten Sozialausgaben öffentliches Interesse und öffentliche Beteiligung nach sich ziehen und so den langen Schatten der Demokratie auf die politischen Verhältnisse werfen; die

Öffentlichkeit ist an Krankenhäusern, Straßen, gut nachbarschaftlichen Beziehungen usw. interessiert, nicht aber an ballistischen Flugkörpern und High-Tech-Kampfbombern. Die Nachteile der Sozialausgaben tangierten den militärischen Keynesianismus nicht, der noch den zusätzlichen Vorteil besaß, an die Bedürfnisse einer entwickelten Industrie optimal angepaßt zu sein: Computer und Elektronik, Flugzeugbau und ein breites Spektrum damit zusammenhängender Technologien und Unternehmungen waren auch für die zivile Industrie höchst interessant.

Das Pentagon-System diene natürlich auch anderen Zwecken. Als weltweit agierender Zwingherr benötigen die USA zur Intervention fähige Streitkräfte und eine einschüchternde Drohhaltung, um ihren Einsatz zu erleichtern. Aber die wirtschaftliche Rolle des Systems stand immer im Mittelpunkt, was den Militärstrategen gut bekannt ist. General James Gavin, Planungschef unter Eisenhower und verantwortlich für die militärische Forschung und Entwicklung, bemerkte: »Was als Konkurrenz zwischen den einzelnen militärischen Abteilungen erscheint, ist in den meisten Fällen ... ein harter Wettbewerb zwischen verschiedenen Industriezweigen.« Von Anfang an war auch klar, daß diese Ziele »Aufopferung und Disziplin« seitens der Öffentlichkeit verlangen (so das wichtigste Planungsdokument des Kalten Krieges, NSC 68 vom April 1950). Deshalb war es, wie Dean Acheson mit Nachdruck betonte, notwendig, den Kongreß und widerstrebende Regierungsbeamte mit der kommunistischen Bedrohung unter Druck zu setzen und, wie der einflußreiche Senator Arthur Vandenberg die Botschaft interpretierte, »dem amerikanischen Volk den Schrecken seines Lebens einzujagen«. Dies war eine der Hauptaufgaben der Intellektuellen während jener Jahre.

Der Niedergang der traditionellen Industriezweige ist eine ernste Angelegenheit. Es wird immer schwieriger, den Steuerzahler davon zu überzeugen, daß es sinnvoll ist, die Industrie mit Methoden zu subventionieren, die in der frühen Nachkriegszeit entwickelt worden sind. Demzufolge gibt es jetzt eine offene Diskussion über die Notwendigkeit einer »Industriepolitik«, die nicht mehr unter der Maske des Pentagon-Systems betrieben wird.

Daß die alten Methoden in so schweres Fahrwasser gerieten, lag nicht nur am Verlust des Hauptfeindes, der immer als Standardvorwand herhalten mußte. Es lag auch nicht nur daran, daß die Menschen, die unter den Auswirkungen der Reaganschen Bereicherungspolitik leiden mußten, irgendwann die Geduld verloren. Das

Pentagon-System war in gewisser Hinsicht von vornherein ineffizient gewesen. Als die USA noch die uneingeschränkte Weltwirtschaftsmacht darstellten, spielte das keine Rolle. Mittlerweile aber treffen die amerikanischen Konzerne auf ernstzunehmende Konkurrenten, die direkt für den Markt planen und produzieren können und nicht auf mögliche Nebenprodukte der Waffen- oder Raumfahrttechnologie warten müssen. Darüber hinaus finden die entscheidenden industriellen Entwicklungen im Bereich der Biotechnologie statt. Hier lassen sich öffentliche Subventionen und staatliche Protektionsmaßnahmen nicht mehr hinter dem Schleier des Pentagon-Systems verbergen. Schon deshalb bedarf es neuer Formen staatlicher Intervention.

In der Wahlkampagne von 1992 zeigten die Demokraten in dieser Hinsicht mehr Problembewußtsein und wurden von bestimmten Bereichen des Finanz- und Konzernkapitals unterstützt, die Clinton und seinen Leuten mehr Realitätsbewußtsein zubilligten als den Ideologen des Reaganismus.

Allerdings zögerten auch die Reagisten nicht, die Staatsmaschinerie einzusetzen, um die Reichen vor den Marktmechanismen zu schützen. Sie bedienten sich dabei vor allem der Mittel aus dem Fundus des Militärkeynesianismus. Um nur einen Fall zu nennen: eine 1985 veröffentlichte OECD-Studie fand heraus, daß das Pentagon und Japans Ministerium für staatliche Planung (MITI) die Gelder für den Bereich »Forschung und Entwicklung« in ähnlicher Weise auf die neuen Technologien verteilten. Das Pentagon bediente sich vor allem des SDI-Programms (»Krieg der Sterne«), das öffentlich als staatliche Förderung für den »Privatsektor« angekündigt und von der Wirtschaftspresse dafür gelobt worden war. Das Jahrzehnt der Präsidenten Reagan und Bush endete im Herbst 1992 mit einer von den Medien groß aufgemachten Verbesserung der Wirtschaftslage, die die Wirtschaftspresse auf die Erhöhung der Militärausgaben zurückführte, von denen ein Großteil für den Ankauf von Computerhard- und -software verwendet wurde.

Trotz vieler solcher Errungenschaften stand der Reagan-Bush-Fraktion ihr eigener ideologischer Extremismus im Wege, der sie daran hinderte, die aktuellen Probleme der industriellen Entwicklung so direkt anzupacken, wie ihre politischen Gegner es vermochten. Clinton denkt anders über diese Probleme, was sich schon daran zeigt, daß er die Berkeley-Professorin Laura Tyson zur Vorsitzenden des Wirtschaftsbeirates berufen hat. Tyson war in Berkeley Mitbe-

gründerin und Direktorin der »Internationalen Wirtschaftsrunde«, eines von Konzernen finanzierten Forschungsinstituts zu Problemen von Handel und Technologie, das sich für eine offen staatlich gelenkte Industriepolitik einsetzt. Sie hat »seit langen Jahren Beziehungen zu Unternehmen in Silicon Valley, die von der Politik, für die sie eintritt, profitieren werden«, hieß es im Wirtschaftsteil der *New York Times*. Zur Unterstützung dieser Politik zitiert Michael Borrus, ein weiterer Direktor der »Wirtschaftsrunde«, aus einer Untersuchung des Handelsministeriums von 1988, die zeigt, daß »im Zeitraum von 1972 bis 1988 fünf der sechs am schnellsten wachsenden US-Industrien direkt oder indirekt durch Investitionen des Bundes gefördert oder unterstützt wurden«. Eine Ausnahme bildete nur das graphische Druckgewerbe. In früheren Jahren, schreibt er, »waren die Gewinner – Computer- und Biotechnologie, Düsentriebwerke und Flugzeugzellen – Nebenprodukte öffentlicher Ausgaben für die nationale Verteidigung und das Gesundheitssystem«. Diese Praktiken lassen sich bis in die Anfangsjahre der amerikanischen Republik zurückverfolgen; »Verteidigung« und »Gesundheitssystem« sind die gewohnten ideologischen Deckmantelwörter, die sich vielleicht etwas weniger trügerisch geben als »Neoliberalismus« oder »freie Marktwirtschaft«. Die letztgenannten Ideologien werden tatsächlich ernstgenommen: als Rezept für die »hungrigen Nationen«. Die Reichen unterwerfen sich ebenso wie diejenigen, die zu den Reichen gehören wollen, der Disziplin des Marktes nur dann, wenn es zu ihrem Vorteil ist. Sie werden diesen Kurs auch in Zukunft beibehalten.

Mit dem Zerfall des Pentagon-Systems und der Ideologie des Kalten Krieges können solche Lektionen, die die Wirtschaftsgeschichte erteilt, nicht länger ignoriert werden. Die interventionistischen Maßnahmen der Reagan-Ära spiegeln diese Bedürfnisse wieder, ebenso die zunehmend offener werdenden Diskussionen über »Industriepolitik«. »Amerika kann nicht länger auf die Methode setzen, technologische Innovation als Nebenprodukt militärischer Forschung zu behandeln«, konstatiert Clinton in einem von seinem Wahlkampfbüro herausgegebenen Dokument vom September 1992 (»Technologie: die Lokomotive des Wirtschaftswachstums«). Das alte Spiel ist aus. Die Regierung Clinton plant eine »neue Ära«, in der, so William Broad, Wissenschaftsredakteur der *New York Times*, »die Regierung ihr Augenmerk weniger der Waffentechnologie als der Entwicklung neuer Technologie- und Industriezweige im zivilen Sektor widmen will«. Das war in der »alten Ära« nicht viel anders,

verborg sich aber damals noch hinter der Maske des Pentagon. »Präsident Clinton sieht vor, etwa 76 Milliarden Dollar an jährlichen Forschungsausgaben des Bundes für die [technologische] Innovation auf dem industriellen Sektor umzuverteilen.« Das lief bisher, in der »alten Ära« über das Pentagon-System (und das »National Institute of Health«). Mindestens 30 Milliarden Dollar sollen für diese Zwecke als »Friedensdividende« mit einer Laufzeit von vier Jahren aus dem Forschungshaushalt des Pentagon genommen werden, schreibt Broad und vermerkt: »Bezeichnenderweise würde diese Initiative ebensoviel Geld wie Reagans »Krieg der Sterne«, nämlich 30 Milliarden Dollar, in der Hälfte der Zeit ausgeben.«

Ähnlich steht es um die traditionelle Forderung der Wirtschaft, die Öffentlichkeit habe (auf dem Regierungswege) sämtliche Kosten der für private Profitrealisierung erforderlichen Infrastruktur – von den Schulen bis zum Straßenbau – zu übernehmen. Mittlerweile sind selbst die größten Befürworter von Reagans Party für die Reichen, wie etwa das *Wall Street Journal* über die Folgekosten der von ihnen unterstützten Politik besorgt. Zu diesen Folgen gehört der Niedergang des staatlichen Hochschulsystems, das die Bedürfnisse der Konzerne abdeckte. »Das öffentliche Hochschulsystem – einer der wenigen Bereiche, in denen Amerika immer noch ganz vorne liegt – wird durch die Kürzung der Staatsausgaben in Mitleidenschaft gezogen«, berichtet das *Wall Street Journal* voller Besorgnis. Es gibt damit auch die Befürchtungen der Geschäftswelt wieder, die »auf einen ständigen Zustrom von Hochschulabsolventen« als qualifizierte Fachkräfte und für die angewandte Forschung »dringend angewiesen« ist. Dies ist eine der seit langem vorhergesagten Folgen der Kürzungen staatlicher Gelder im Sozialbereich, von denen Bundesstaaten, Städte und Gemeinden so hart getroffen werden. Der Klassenkrieg kennt keine Feinabstimmung.

Daß Clinton in der Lage sein wird, die innenpolitischen Probleme ernsthaft anzupacken, scheint zweifelhaft. Die Politik des Reaganismus hat dem Land auf nahezu allen Ebenen, von der Bundesregierung bis zu den Haushalten, einen gigantischen Schuldenberg hinterlassen. Die Schuldenzinsen des Bundes haben schwindelerregende Höhen erreicht. Das ließe sich alles noch rechtfertigen, wenn das Geld für produktive Investitionen ausgegeben, in den Bereich der Forschung und Entwicklung gesteckt worden wäre. Aber das ist nicht geschehen. Es wurde für die Konsumtion von Luxusgütern verwendet, für finanzielle Manipulationen, für Schwindelgeschäfte

und andere Yuppie-Spielchen verschleudert – ebenso wie in Thatcher-England, wo gleichfalls eine von den Privilegierten bewunderte »Revolution« stattfand. Währenddessen sanken die Reallöhne, Hunger und Armut griffen um sich, die Gefängnisse füllten sich, und die Gesellschaft unterschied sich in einigen Bereichen kaum noch von Ländern der ›Dritten Welt‹. In Anbetracht der Schulden könnten sich auch die von Clintons Beratern schließlich lancierten, recht begrenzten Stimulanzen als unzureichend erweisen, selbst wenn sie die von den Konzerninteressen im Kongreß errichteten Hindernisse überwinden sollten.

Im Augenblick träumen die Intellektuellen davon, daß sich in der Geschichte letzten Endes die liberale Demokratie mit der freien Marktwirtschaft (der unhintergehbaren Verwirklichung von Freiheit) zu einem Ideal vereinigt, das den Überfluß für alle garantiert. Die wirkliche Welt sieht leider anders aus.

ERSTER TEIL ALTER WEIN, NEUE SCHLÄUCHE

I. »Das große Werk der Unterwerfung und der Eroberung«

Der 11. Oktober 1992 bezeichnete das Ende des 500. Jahres der alten Weltordnung, die bisweilen auch die weltgeschichtliche Ära des Kolumbus oder des Vasco da Gama genannt wird, je nachdem welcher plünderungsbegieriger Abenteurer zuerst die jeweilige Küste der Verheißung betrat. Man könnte auch vom »fünfhundertjährigen Reich« sprechen und damit auf den Titel eines Buches anspielen, das die Methode und Ideologie der Nazis mit denen der europäischen Invasoren vergleicht, die sich den größten Teil der Welt untertan machten.¹ Das wichtigste Kennzeichen dieser alten Weltordnung war die weltweite Konfrontation von Eroberern und Eroberten. Sie hat unterschiedliche Formen angenommen und unterschiedliche Namen erhalten: Imperialismus, Neokolonialismus, Nord-Süd-Konflikt, Zentrum vs. Peripherie, G-7 (die sieben führenden kapitalistischen Industriegesellschaften) und ihre Satelliten vs. den Rest der Welt. Oder einfacher: die europäische Welteroberung.

Zu »Europa« gehören für uns auch die von Europäern besiedelten Kolonien, von denen im Augenblick eine den Kreuzzug anführt; in Übereinstimmung mit südafrikanischen Gepflogenheiten sind die Japaner als »Weiße ehrenhalber« mit von der Partie, denn durch ihren Reichtum erwerben sie diese Qualifikation. Japan war eine der wenigen Regionen des Südens, die der Eroberung entgingen und sich, vielleicht nicht ganz zufällig, dem Zentrum anschließen konnten. Einige japanische Ex-Kolonien folgten im Schlepptau hinterdrein. Daß die Beziehung zwischen Unabhängigkeit und Entwicklung alles andere als kontingent ist, zeigt ein Blick auf Westeuropa, dessen einstmals kolonisierte Regionen einen Weg eingeschlagen haben, der gewisse Ähnlichkeit mit den Ländern der Dritten Welt aufweist. Ein bemerkenswertes Beispiel ist Irland, das gewaltsam erobert und sodann mittels der Doktrin des »Freihandels« von der wirtschaftlichen Weiterentwicklung ausgeschlossen wurde. Diese

Lehre wird immer dann selektiv angewendet, wenn der unterworfenen Süden an seinem angestammten Platz gehalten werden soll. Heute nennt man das »strukturelle Anpassung«, »Neoliberalismus« oder »unsere hehren Ideale«, von denen wir selbst natürlich ausgenommen sind.²

»Die Entdeckung Amerikas und die Entdeckung eines Seeweges nach Ostindien, der über das Kap der Guten Hoffnung führte, sind die beiden größten und wichtigsten Ereignisse, welche die Geschichte der Menschheit verzeichnet«, schrieb Adam Smith 1776. »Welche Vorteile oder Mißgeschicke der Menschheit aus diesen großen Ereignissen noch erwachsen mögen, kann die menschliche Weisheit nicht vorhersehen.« Doch konnte ein ungetrübtes Auge wahrnehmen, was geschehen war. »Die Entdeckung Amerikas ... war ohne Zweifel ein ganz und gar wesentlicher« Beitrag zur »Lage Europas«, schrieb er weiter, denn »dadurch eröffneten sich neue und unerschöpfliche Märkte«, die zu einer umfassenden Ausweitung der »produktiven Kräfte« und zu »Wohlstand und Gewinn« führten. Theoretisch »hätten die neuen Tauschbeziehungen ... sich für den neuen Kontinent als genauso vorteilhaft erweisen müssen wie für den alten«. Dem sollte jedoch nicht so sein.

»Die brutale Ungerechtigkeit der Europäer ließ ein Ereignis, das sich für alle zum Vorteil hätte auswirken müssen, für einige dieser unglücklichen Länder zum Ruin und zur Zerstörung werden«, schrieb Smith und erwies sich damit als früher Vertreter einer Haltung, die die heutigen Kulturmanager gern als »politische Korrektheit« denunzieren. »Für die Eingeborenen ... der Ostindischen wie der Westindischen Inseln sind alle Handelsvorteile, die sich aus diesen Ereignissen hätten ergeben können, von dem furchtbaren Unglück, das diese Länder befiel, in den Abgrund gerissen worden.« Und weiter Smith: Mit der »Überlegenheit, die Gewalt verleiht« und über die die Europäer verfügten, »konnten sie in diesen entlegenen Ländern ungestraft jede Ungerechtigkeit begehen«.

Smith läßt die Eingeborenen Nordamerikas unerwähnt. »Es gab nur zwei Völker in Amerika, die den Wilden in irgendeiner Hinsicht überlegen waren [in Peru und Mexiko], und diese waren gleich nach ihrer Entdeckung dem Untergang geweiht. Die übrigen waren bloße Wilde« – eine Vorstellung, die den britischen Eroberern sehr gelegen kam und deshalb selbst in der Forschung weiterbestand, bis die kulturellen Erdbeben der sechziger Jahre manchem die Augen öffneten.

Mehr als ein halbes Jahrhundert später spricht Hegel in seinen »Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte« mit autoritativer Entschiedenheit über die gleichen Themen. Mit ungebrochenem Selbstvertrauen läßt er den Geist in das »vierte Moment der Weltgeschichte«, in das »*Germanische Reich*« eingehen, in dem er »seine vollkommene Reife« erreiche. Von dieser luftigen Höhe aus läßt sich das Amerika der Eingeborenen gut betrachten. Es sei »physisch und geistig ohnmächtig« und von einer so beschränkten Kultur, daß diese »untergehen mußte, sowie der Geist sich ihr näherte«. So seien »die Eingeborenen ... allmählich an dem Hauche der europäischen Tätigkeit untergegangen«. »Sanftmut und Trieblosigkeit, Demut und kriechende Unterwürfigkeit ... sind ... der Hauptcharakter der Amerikaner«, die als dermaßen »träge« sich erwiesen, daß sie, von der freundlichen »Autorität der Väter« [der katholischen Geistlichen, d. Ü.] geleitet, sogar von einer Glocke »an ihre ehelichen Pflichten« erinnert werden mußten. In dieser Hinsicht sei der Amerikaner sogar dem Neger unterlegen, der »den natürlichen Menschen in seiner ganzen Wildheit und Unbändigkeit« darstellt, und bei dem man »von aller Ehrfurcht und Sittlichkeit, von dem, was Gefühl heißt, ... abstrahieren« muß; »es ist nichts an das Menschliche Anklingende in diesem Charakter zu finden«. »Bei den Negern sind ... die sittlichen Empfindungen vollkommen schwach oder, besser gesagt, gar nicht vorhanden. Die Eltern verkaufen ihre Kinder und ebenso umgekehrt diese jene, je nachdem man einander habhaft werden kann. ... Die Polygamie der Neger hat häufig den Zweck, viele Kinder zu erzielen, die samt und sonders zu Sklaven verkauft werden könnten«. »Dieser Zustand ist keiner Entwicklung und Bildung fähig«, und so werden diejenigen, »welche das meiste zur Abschaffung des Sklavenhandels und der Sklaverei getan haben [nämlich die Engländer, d. Ü.], ... von ihnen selbst als Feinde behandelt«. Insgesamt hat die Sklaverei sogar »mehr Menschliches unter den Negern geweckt« – bedeutet sie doch »eine Weise des Teilhaftigwerdens höherer Sittlichkeit und mit ihr zusammenhängender Bildung«.

Die Eroberung der neuen Welt war die Ursache für zwei umfassende demographische Katastrophen, die in der Geschichte ihresgleichen suchen: zum einen wurde die eingeborene Bevölkerung der westlichen Hemisphäre praktisch vernichtet, zum anderen wurde Afrika verwüstet als der Sklavenhandel sich rapide ausweitete, um die Bedürfnisse der Eroberer zu befriedigen. Dabei fiel der ganze Kontinent unter das Joch fremder Herren. Aber auch große Teile

Asiens erlitten ein »beklagenswertes Unglück«. Während sich die Modalitäten geändert haben, sind die Grundzüge der Eroberung nach wie vor gültig und werden es bleiben, solange die Wirklichkeit und die Ursachen der »brutalen Ungerechtigkeit« nicht mit aller Offenheit zum Ausdruck gebracht werden.³

1. »Die brutale Ungerechtigkeit der Europäer«

Die spanisch-portugiesischen Eroberungsfeldzüge besaßen ihr innenpolitisches Gegenstück. 1492 wurden die Juden aus Spanien vertrieben oder zur Konversion gezwungen. Millionen von Mauren erlitten das gleiche Schicksal. Mit dem Fall von Granada (ebenfalls 1492) ging die 800 Jahre währende maurische Herrschaft zu Ende, und die spanische Inquisition konnte nun ihre barbarische Gewalt ausweiten. Die Eroberer zerstörten unschätzbare Bücher und Manuskripte mit reichem Bestand an klassischer Gelehrsamkeit, und sie zerschlugen die zivilisatorischen Errungenschaften, die unter der erheblich toleranteren und kulturell entwickelteren maurischen Herrschaft aufgeblüht waren. So wurde der Niedergang Spaniens eingeleitet und der Welteroberung mit ihrer ganzen Brutalität und ihrem Rassismus der Boden bereitet. Das war – mit den Worten des Afrika-Historikers Basil Davidson – »der Fluch des Kolumbus«.⁴

Spanien und Portugal wurden aus ihrer führenden Rolle bald verdrängt. Der erste große Konkurrent war Holland. Es besaß mehr Kapital als seine Rivalen, vorwiegend deshalb, weil es seit dem sechzehnten Jahrhundert den Ostseehandel kontrollierte und seine Vorherrschaft unter Einsatz von Gewalt aufrechtzuerhalten mußte. Der 1602 gegründeten *Vereinigten Ostindischen Kompanie* (VOK) standen praktisch die Machtmittel eines Staates zur Verfügung, einschließlich des Rechts zur Kriegsführung und Paktbildung. Technisch gesehen handelte es sich um ein selbständiges Unternehmen, praktisch aber lagen die Dinge anders. »Daß die VOK vom Staat offensichtlich nicht politisch kontrolliert wurde«, schreibt M. N. Pearson, verdankt sich der Tatsache, daß sie »mit dem Staat identisch war«. Der Staat wiederum unterlag der Kontrolle von holländischen Bankiers und Kaufleuten. In stark vereinfachter Form finden wir hier bereits Vorformen der modernen politischen Ökonomie, die von einem Netz aus transnationalen Finanz- und Industrieorganisationen beherrscht wird. Diese Organisationen wickeln ihre Investitionen und ihren Handel intern ab, während die von ihnen mobilisierte

und größtenteils kontrollierte Staatsmacht ihnen Reichtum und Einfluß sichert und bewahrt.

»Die VOK verband die Funktionen einer souveränen Macht mit den Funktionen einer Geschäftspartnerschaft«, schreibt ein über den holländischen Kapitalismus arbeitender Historiker. »Politische und geschäftliche Entscheidungen wurden innerhalb einer und derselben Hierarchie von Managern und Beamten gefällt, und Erfolg oder Mißerfolg bemaßen sich letzten Endes immer nach dem realisierten Gewinn.« Die Holländer bauten ihre Stellungen weltweit aus: in Indonesien (das bis 1940 ihre Kolonie blieb), Indien, Brasilien und der Karibik, sie übernahmen Sri Lanka von Portugal und drangen bis an die Randgebiete von Japan und China vor. Allerdings wurden die Niederlande Opfer der (später so genannten) »holländischen Krankheit«, das heißt einer unzureichend ausgebildeten zentralen Staatsmacht, unter der die Menschen »als Individuen wohl reich werden konnten, als Staat aber schwach blieben«. So sah es jedenfalls Lord Sheffield im Großbritannien des achtzehnten Jahrhunderts, der seine Landsleute davor warnte, den gleichen Fehler zu begehen.⁵

Weitere Schläge erlitt das iberische Reich, als englische Piraten, Plünderer und Sklavenhändler die Meere kreuzten, unter ihnen der wohl berüchtigste von allen, Sir Francis Drake. Die Beute, die er heimbrachte, »kann ohne weiteres als Quelle und Ursprung der britischen Auslandsinvestitionen betrachtet werden«, schrieb John Maynard Keynes. »Elisabeth bezahlte aus den Erlösen ihre sämtlichen Auslandsschulden und investierte einen Teil des Guthabens ... in die *Levant Company*; hauptsächlich aus deren Profiten entstand dann die Ostindische Handelsgesellschaft, und ihre Gewinne ... bildeten den Grundstock für die englischen Auslandsgeschäfte.« Vor 1630 waren die englischen Operationen im Atlantik nichts weiter als ein »Raubzug bewaffneter Händler und Plünderer, um sich mit allen Mitteln einen Teil des atlantischen Reichtums der iberischen Nationen zu sichern« (Kenneth Andrews). Die Abenteurer, die den Handelsimperien des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts den Boden bereiteten, »verfolgten eine lange europäische Tradition der Verbindung von Handel und Krieg«, fügt Thomas Brady hinzu, denn »aus dem Wachstum der europäischen Staaten als Militärunternehmen« entstand »die ihrem Wesen nach europäische Gestalt des Handelskriegers.« Später übernahm dann der frisch konsolidierte englische Staat die Aufgabe, »Krieg um Märkte zu führen«, was zuvor die »Beutezüge der elisabethanischen Seebären« (Christopher

Hill) geleistet hatten. Die Ostindische Handelsgesellschaft (*British East India Company*) erhielt ihre Konzession im Jahre 1600, sie wurde neun Jahre später noch einmal unbegrenzt erweitert. Damit erlangte die Gesellschaft, abgesegnet durch die Autorität der britischen Krone, das Handelsmonopol mit dem Osten. Es folgten grausame, oftmals mit unsäglichter Brutalität geführte Kriege zwischen den europäischen Rivalen, von denen die einheimischen Völker in Übersee, die häufig in ihre eigenen Kämpfe verstrickt waren, nicht verschont blieben. 1622 vertrieb Großbritannien die Portugiesen aus der Meerenge von Hormuz, dem »Schlüssel zu ganz Indien«, und gewann schließlich das ganze Land. Was von der Welt sonst noch übrigblieb, wurde auf die bekannte Art und Weise aufgeteilt.

Mit seiner wachsenden Staatsmacht hatte England die eigenen keltischen Randgebiete unterjochen können, um dann die verbesserten Techniken mit noch größerer Brutalität für neue Opfer jenseits des Atlantiks zu verwenden. Ihre Verachtung der »dreckigen, kühehütenden Kelten in den Randgebieten [von England]« machte es den »gebildeten und wohlhabenden Engländern« leichter, eine beherrschende Stellung im Sklavenhandel einzunehmen, als »der Gradient der Verachtung ... seinen Schatten nicht mehr nur über die benachbarten Herzen der Finsternis warf, sondern sich bis zu den überseeischen hin erstreckte«, schreibt Thomas Brady.

Ab Mitte des siebzehnten Jahrhunderts war England mächtig genug, um die Navigationsakte (1651, 1662) durchzusetzen, mit der es seine Kolonien für ausländische Händler sperrte und der britischen Schifffahrt »das Handelsmonopol für ihr eigenes Land« (Importe) sicherte. Dies geschah entweder durch »absolute Einfuhrverbote« oder dadurch, daß den anderen »hohe Kosten« auferlegt wurden (so Adam Smith, der diese Maßnahmen mit gemischten Gefühlen, teils zustimmend, teils reserviert betrachtet). Diese Initiativen, so berichtet die *Cambridge Economic History of Europe*, verfolgten ein doppeltes Ziel: durch das »Kolonial- und Schifffahrtsmonopol« sollten »strategische Macht und wirtschaftlicher Reichtum« erlangt werden. In den englisch-holländischen Kriegen von 1652 bis 1674 war Großbritannien darauf aus, Hollands Handel und Schifffahrt zu beeinträchtigen oder zu zerstören und die Kontrolle über den gewinnbringenden Sklavenhandel zu erlangen. Brennpunkt dieser Bestrebungen war der Atlantik, wo die Kolonien der neuen Welt ungeheure Reichtümer bereithielten. Die Navigationsakte und die Kriege erweiterten die von den englischen Kaufleuten beherrschten Handelsregionen.

Die Kaufleute konnten sich durch den Sklavenhandel und ihre »auf Plünderi beruhenden Handelsbeziehungen mit Amerika, Afrika und Asien« (Hill) bereichern. Unterstützt wurden sie durch »staatlich geförderte Kolonialkriege« und durch die diversen wirtschaftspolitischen Tricks, mit denen die Staatsmacht den Weg zu privatem Reichtum und zu einer bestimmten, für ihn unabdingbaren Form der Entwicklung ebnete, ohne die dieser Gewinn nicht realisiert werden konnte.⁶

Der europäische Erfolg verdankte sich, wie Adam Smith bemerkt, der meisterlichen Handhabung der Mittel, in denen sich die Kultur der Gewalt konkretisierte. »In Indien war die Kriegführung noch ein Sport«, heißt es bei John Keay, »in Europa war sie zur Wissenschaft geworden«. Aus europäischer Sicht waren die weltweiten Eroberungen auch für die militärischen Führer nichts als »kleine Kriege«, sagt Geoffrey Parker und weist darauf hin, daß »Cortés Mexiko mit vielleicht 500 Spaniern eroberte; Pizarro brauchte nicht einmal 200 Mann, um das Reich der Inkas zugrunde zu richten, und das gesamte portugiesische Imperium [von Japan bis Südafrika] wurde von weniger als 10.000 Europäern verwaltet und verteidigt«. Bei der entscheidenden Schlacht von Plassey im Jahre 1757 – dem Beginn der Übernahme von Bengalen durch die Ostindische Handelskompanie, zugleich dem Weg zur späteren britischen Vorherrschaft in Indien – war Robert Clive im Verhältnis 1:10 unterlegen. Ein paar Jahre später konnten die Briten diese Unterlegenheit durch die Rekrutierung einheimischer Söldner nahezu ausgleichen. Diese Söldner machten 90 Prozent der in Indien stationierten britischen Streitkräfte aus und bildeten auch den Kern der britischen Armeen, die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts in China einmarschierten. Die nordamerikanischen Kolonien dagegen verabsäumten es, »das Empire militärisch zu unterstützen«, einer der Hauptgründe, weswegen Adam Smith dafür eintrat, Großbritannien solle sich »von ihnen befreien«.

Die Europäer kämpften, um zu töten, und sie besaßen die Mittel und Wege, ihren Blutdurst zu befriedigen. In den amerikanischen Kolonien waren die Einheimischen erstaunt über die Brutalität der Spanier und Briten, während auf der anderen Seite der Erdkugel »die allzerstörende Wut europäischer Kriegführung die Völker Indonesiens mit Abscheu erfüllte« (Parker). Noch im zwölften Jahrhundert sagte ein spanischer Mekkapilger: »Die Krieger sind im Felde, die Völker haben ihre Ruhe«. Solche Zeiten hatten die Europäer

längst hinter sich gelassen. Sie kamen wohl mit der Absicht, Handel zu treiben, doch sie blieben, um zu erobern. »Handel kann nicht ohne Krieg geführt werden, noch Krieg ohne Handel«, schrieb 1614 einer der holländischen Eroberer Ostindiens. Nur China und Japan konnten den Westen damals auf Distanz halten, weil sie »die Spielregeln bereits beherrschten«. Die europäische Vormachtstellung in der Welt »beruhte ganz wesentlich auf dem fortwährenden Einsatz von Gewalt«, schreibt Parker. »Militärische Überlegenheit und nicht irgendwelche sozialen, moralischen oder natürlichen Vorteile führten dazu, daß die weißen Völker der Welt – für wie kurze Zeit auch immer – in der Lage waren, die erste globale Hegemonie in der Geschichte hervorzubringen und zu kontrollieren.«⁷ Über die Kürze der Zeit läßt sich streiten.

»Die Historiker des zwanzigsten Jahrhunderts können übereinstimmend davon ausgehen, daß es für gewöhnlich die Europäer waren, die gewaltsam in vordem relativ friedliche asiatische Handelssysteme eindringen«, faßt James Tracy die Ergebnisse einer von ihm veröffentlichten Untersuchung über Handelsimperien zusammen. Die Europäer führten den staatlichen Handel in einer Region ein, deren relativ freie Märkte »allen offenstanden, die mit friedlichen Absichten und unter allseits bekannten und allgemein akzeptierten Bedingungen daran teilnahmen«. Ihr gewaltsames Eindringen in diese Welt brachte »eine wesentlich, wo nicht ausschließlich europäische Verbindung von Staatsmacht und Handelsinteressen mit sich, sei es in Form staatlich gelenkten Handels oder in Form einer Handelsgesellschaft, die sich wie ein Staat aufführt«. »Europäische Unternehmen unterschieden sich von einheimischen Handelsnetzen in anderen Erdteilen vor allem dadurch«, so schließt er, daß die Europäer »ihren Handel in der Hauptsache entweder als Verlängerung des Staates ... oder als autonome Handelsgesellschaft organisierten, ... die mit vielen staatlichen Eigenschaften ausgestattet war« und von der jeweiligen heimatlichen Zentralmacht gestützt wurde.

Portugal ebnete hier den Weg, indem es dem asiatischen Handel Abgaben abpreßte. »Zuerst drohte man der asiatischen Schifffahrt mit Gewalt«, dann verkaufte man Schutzmaßnahmen gegen diese angedrohte Gewalt, ohne im Gegenzug dafür etwas anzubieten. »Aus heutiger Sicht«, schreibt Pearson, »handelt es sich um nichts anderes als um organisierte Erpressung von Schutzgeldern«. Portugals mächtige Gegner in Europa übernahmen diese Methoden, setzten aber Gewaltmaßnahmen wirkungsvoller ein und bedienten sich

verfeinerter Kontroll- und Verwaltungsmethoden. Die Portugiesen hatten »die Struktur des traditionellen Handelssystems nicht radikal verändert«, erst die Holländer »schlugen es kurz und klein«. Die englischen und holländischen Gesellschaften setzten, im Unterschied zu ihren portugiesischen Vorgängern, »die Gewalt auf eher selektive, ja rationale Weise ein«. »Sie wurde ausschließlich im und für den Handel eingesetzt ... Den Schlußstrich zog immer die Bilanz.« Natürlich war man auch im Hinblick auf die militärische und staatliche Organisation weit überlegen. Die Briten gaben sich der »holländischen Krankheit« nicht hin und schlugen ihre Konkurrenten mehr oder weniger aus dem Felde. Die führende Rolle staatlicher Macht und Gewalt ist ein bemerkenswerter Zug in der inneren Entwicklung des »europäischen Staates«, den A. Smith beschreibt, und ein »wesentlicher« Beitrag, den die Kolonien zu diesem Staat geleistet haben.⁸

Im Hinblick auf diese Entwicklung ist Großbritannien als Ausnahme von der Regel betrachtet worden; seine liberale, staatlicher Macht und Gewalt eher abholde Tradition galt dabei als Geheimnis des Erfolges. In seiner beachtlichen Neuinterpretation von Großbritanniens Aufstieg zur Weltmacht zieht John Brewer diese Annahmen in Zweifel. Großbritannien wurde zum »militärischen *Wunderkind* [i. O. dt.] der Epoche« – der Wende vom siebzehnten zum achtzehnten Jahrhundert –, das die unterworfenen Völker in fernen Ländern oftmals »brutal und barbarisch« behandelte. Diese Entwicklung fiel zusammen »mit einer bemerkenswerten Wandlung des britischen Regierungssystems, die den politischen Körper Großbritanniens mit Sehnen und Muskeln versah«. Zu dieser Zeit wurde Großbritannien – im Widerspruch zur liberalen Tradition – ein starker, ein »fiskalisch-militärischer Staat«. Dies verdankte sich einem »radikalen Anstieg der Steuern« und »einer umfangreichen öffentlichen Verwaltung, die dazu diente, die fiskalischen und militärischen Aktivitäten des Staates zu organisieren«. Der Staat wurde zum größten Wirtschaftsakteur und – »gemessen an der Fähigkeit, den Leuten das Geld abzunehmen und Soldaten auf die Beine sowie Matrosen auf die Schiffe zu stellen« – einer der mächtigsten Staaten im europäischen Vergleich. »Lobbies, Handelsunternehmen, ganze Gruppen von Finanz- und Kaufleuten kämpften gegeneinander oder schlossen sich zusammen, um des Schutzes teilhaftig zu werden, den die größte wirtschaftliche Macht – der Staat – zu bieten hatte.«

Während dieser Zeit kletterte der britische Steuersatz auf das zweifache des französischen (wo doch Frankreich seit alters her als *der* überzentralisierte und allmächtige Staat galt), und die Diskrepanz sollte sich noch verschärfen. Entsprechend wuchsen die öffentlichen Schulden. Am Ende des achtzehnten Jahrhunderts betrugen die Steuern fast ein Viertel des Pro-Kopf-Einkommens. Sie stiegen während der napoleonischen Kriege auf über ein Drittel an. »In absoluter wie in relativer Hinsicht waren die Steuern in Großbritannien enorm hoch.« Die Steuereinnahmen betrugen das Fünffache des Wirtschaftswachstums ein Jahrhundert zuvor, als das militärische *Wunderkind* das Licht der Welt erblickte. Verantwortlich dafür waren zum Teil Gründe der Effizienz; in einem für Europa ungewöhnlichen Ausmaß lag die Steuereintreibung in den Händen der Regierung. Ein weiterer Faktor war die größere Legitimität eines demokratisch verfaßten Staates, dessen Rolle nicht nur die des Eroberers war; vielmehr mußte er den Export begünstigen, den Import beschränken und so allgemein jene protektionistische Verdrängungspolitik betreiben, die seither dem industriellen Aufschwung von England bis Südkorea den Weg bereitet hat.⁹

Zum Zusammenbruch des spanischen Imperiums trug offensichtlich dessen exzessiver Liberalismus bei. Er gestattete »Kaufleuten, oftmals auch nicht-spanischer Herkunft, innerhalb seiner Grenzen Handel zu treiben« und »die Gewinne durch Spanien hindurch- und aus Spanien herauszuschleusen«. Im Gegensatz dazu behielten die Holländer die Gewinne im eigenen Land, während »die einheimischen Kaufleute das Imperium und den Staat« repräsentierten (Pearson). Großbritannien verfolgte eine ähnliche Politik des Wirtschaftsnationalismus, indem es staatlichen Monopolen Rechte gewährte, die zunächst (1581) für die Türkei und den gesamten Nahen Osten, dann für das übrige Asien und für Nordamerika Gültigkeit besaßen. Im Gegenzug leisteten die quasi-staatlichen Handelsgesellschaften regelmäßige Zahlungen an die Krone; dieses Verfahren wurde später durch direktere Eingriffe der Staatsmacht ersetzt. Als im achtzehnten Jahrhundert die britischen Handels- und Gewinnmargen in die Höhe kletterten, blieb die Einflußnahme der Regierung weiterhin wichtig. »Die Abnahme der Beschränkungen im neunzehnten Jahrhundert war Ergebnis, nicht Ursache der englischen Vorherrschaft«, bemerkt Pearson.

In seiner erbitterten Verurteilung der Ostindischen Handelskompanie mag Adam Smith mit großer Beredsamkeit den schädlichen

Einfluß des »verfluchten Monopolgeistes« dingfest gemacht haben, doch war seine theoretische Analyse nicht die Ursache für den Niedergang der »ehrenwerten Gesellschaft«. Sie wurde Opfer der Überzeugung britischer Industrieller, vor allem der Textilfabrikanten. Sie waren vor der »unfairen« Konkurrenz indischer Textilien geschützt worden, riefen aber sofort nach deregulierenden Maßnahmen, als sie sich davon überzeugt hatten, daß sie einen »fairen Wettbewerb« zu gewinnen in der Lage wären. Zwischenzeitlich nämlich hatten sie ihre Konkurrenten in den Kolonien mittels staatlicher Macht und Gewalt unterminiert und verwendeten den neu erworbenen Reichtum und ihre Macht, um die Herstellung von Textilien zu mechanisieren und die Versorgung mit Baumwolle zu verbessern. Um es modern auszudrücken: Sobald sie das Spielfeld ein für alle Mal zu ihren Gunsten abgesteckt hatten, schien nichts edelmütiger zu sein als eine »offene Welt«, in der der ehrliche Unternehmer, von allen irrationalen und zufälligen Störungen befreit, zum Vorteil aller agieren konnte.¹⁰

In absehbarer Weise werden diejenigen, die das Spiel zu gewinnen hoffen, das Loblied des »freien Wettbewerbs« singen, dessen Regeln sie jedoch immer ihren eigenen Interessen unterwerfen. So haben – um nur den offensichtlichsten Irrtum zu erwähnen – die Apostel des Wirtschaftsliberalismus niemals auch nur im entferntesten daran gedacht, die »freie Zirkulation der Arbeit ... von Ort zu Ort« zu gestatten, die immerhin, wie Adam Smith hervorhob, eine der Grundlagen der Handelsfreiheit darstellt.

Weit verbreitet ist der Glaube an den Einfluß der Lehren Adam Smiths, doch läßt sich hierfür kaum historisches Beweismaterial beibringen. Nehmen wir etwa die Behauptung des Chicagoer Ökonomen George Stigler, Smith habe England zwischen 1850 und 1930 »vom Wert des internationalen Freihandels überzeugt«. Was »England überzeugte« – genauer gesagt, diejenigen Engländer, welche die Zügel in der Hand hielten –, war die Auffassung, der (begrenzte) internationale Freihandel würde ihren Interessen dienlich sein. »Erst 1846, als die britischen Industrieinteressen mächtig genug geworden waren, war das Parlament darauf vorbereitet, die Revolution [des Freihandels] zu vollziehen«, bemerkt Richard Morris. 1930 dann war England vom genauen Gegenteil überzeugt, denn es erkannte, daß diese Zeit der Vergangenheit angehörte. Weil England mit Japan nicht konkurrieren konnte, schloß es das Reich des Tenno vom Handel mit dem Commonwealth (inklusive Indien) aus; die Vereinig-

ten Staaten folgten dem Beispiel, ebenso die Holländer. Im Endeffekt führte dies, als Japan sich anschickte, seinen mächtigen Vorgängern nachzueifern, zum Krieg im Pazifik. Zunächst nämlich hatten die Japaner die liberalen Doktrinen naiv übernommen, um dann zu entdecken, daß es sich um reinen Schwindel handelte, mit dem die Schwachen eingeschüchtert wurden und den die Starken nur akzeptierten, wenn er ihnen von Nutzen war. So ist es seit jeher gewesen.¹¹

Allerdings könnte Stigler durchaus richtig liegen, wenn er sagt, Smith habe »alle nach ihm kommenden Ökonomen überzeugt«. Das aber wäre, die Wahrheit der Behauptung vorausgesetzt, ein Kommentar zu den Gefahren ungerechtfertigter Idealisierung: die Untersuchung wird (ein in den Wissenschaften geläufiges Problem) nicht auf alle ihr Thema betreffenden Faktoren gleichermaßen bezogen. In diesem Fall etwa trennt man die abstrakte Untersuchung des Reichtums der Nationen von der Frage der Macht ab: Wer entscheidet, und für wen? Wir kehren zu Adam Smiths eigener Auffassung des Problems zurück.

Der Reichtum der Kolonien gelangte nach Großbritannien zurück und schuf hier große Reichtümer. Um 1700 liefen, wie ein zeitgenössischer Kritiker bemerkte, nahezu 50 Prozent des nationalen Handels über die Ostindische Handelskompanie. Die Anteile dieser Gesellschaft wurden (schreibt Keay) in der ersten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts »zum Äquivalent für mündelsichere Wertpapiere, die bei Treuhändern, Wohlfahrtsverbänden und ausländischen Investoren hoch im Kurs standen«. Das schnelle Wachstum von Macht und Reichtum schuf die Grundlagen für direkte Eroberungen und imperiale Herrschaftsausübung. Britische Beamte, Kaufleute und Investoren »häuften immense Reichtümer an«, die »jenseits aller habstüchtigen Träume lagen« (Parker). Das galt besonders für Bengalen, wo (wie Keay ausführt) ein verheerendes Experiment mit einer in Abhängigkeit gehaltenen Regierung zur Destabilisierung und Verarmung des Landes führte – eines der vielen »Experimente« in der Dritten Welt, das nicht unbedingt zugunsten der Objekte der Versuchsanordnung ausgegangen ist. Zwei mit Indien befaßte Historiker, Edward Thompson und G. T. Garrett, haben die Frühgeschichte von Britisch-Indien als den »vielleicht absoluten Gipfelpunkt der Bereicherung« bezeichnet. »England war besessen von einem Goldrausch, wie ihn die Welt seit der Hysterie von Cortés' und Pizarros Zeiten nicht gesehen hatte. Vor allem Bengalen sollte keine

Ruhe mehr finden, bis es ganz und gar ausgeblutet war.« Bezeichnenderweise, sagen sie, ist *loot* (Beute, Plünderung) eines der Hindustani-Wörter, die in den englischen Wortschatz übergegangen sind.¹²

Das Schicksal von Bengalen bringt wesentliche Elemente der weltweiten Eroberungspolitik zum Vorschein. Kalkutta und Bangladesh sind mittlerweile längst zu Symbolen von Elend und Verzweiflung geworden. Ganz im Gegensatz dazu stehen Berichte der europäischen Handelskrieger, für die Bengalen ein überaus anziehendes Objekt der Begierde war. Ein früher englischer Besucher beschrieb es als »Land von außerordentlicher Schönheit, dessen Reichtum und Überfluß weder durch Krieg noch Unterdrückung oder Seuchen zerstört werden können«. Einige Zeit zuvor hatte sich der marokkanische Weltreisende Ibn Battuta in Bengalen aufgehalten. Bei ihm heißt es: »Es ist ein Land, das sich weithin erstreckt, und in dem es Reis im Überfluß gibt. In keiner anderen Region dieser Erde finden sich so reichliche Lebensmittelvorräte.« 1757, im Jahr der Schlacht von Plassey, beschrieb Clive das Textilzentrum von Dacca als »ausgedehnt, dichtbesiedelt und reich wie die City von London«. 1840 war, wie Sir Charles Trevelyan vor dem Sonderausschuß des britischen Oberhauses bezeugte, die Einwohnerzahl von 150.000 auf 30.000 gesunken und »der Dschungel und die Malaria breiten sich rasch aus. ... Dacca, das indische Manchester, ist von einer blühenden zu einer kleinen und verarmten Stadt geworden.« Heute ist es die Hauptstadt von Bangladesh.

Bengalen war für seine feine Baumwolle bekannt, die heute nicht mehr angebaut wird, sowie für die außerordentliche Qualität seiner Textilien, die jetzt importiert werden müssen. Nach der Übernahme durch Großbritannien erwarben die britischen Händler »mit allen erdenklichen Schurkereien ... das Tuch von den Webern zu einem Bruchteil seines Werts«, schrieb der englische Kaufmann William Bolts 1772. »Die Methoden zur Unterdrückung der armen Weber sind zahlreich und vielfältig ... Geldstrafen, Prügel, Einkerkierung, Erzwingung von Schuldscheinen usw.« »Daß in Bengalen der Handel darniederliegt, die Gewinne zurückgehen und der ganze Zustand so erbärmlich ist, liegt an der Unterdrückung und den Handelsmonopolen«, die Bengalen von den Engländern aufgezwungen wurden.

Vielleicht bezog sich Adam Smith auf Bolts (dessen Buch in seinem Besitz war), als er vier Jahre später schrieb, daß in dem spärlich bevölkerten und fruchtbaren Land Bengalen »in einem Jahr drei- bis viertausend Menschen Hungers sterben« – die Folge »ungeeigneter

Maßnahmen« und »unkluger Beschränkungen«, welche die Handelsgesellschaft dem Reishandel auferlegt und die »aus Mangel Hungersnot machen«. Es war für Angestellte der Handelsgesellschaft durchaus üblich, »ein fruchtbares Reis- oder Getreidefeld umpflügen [zu] lassen, um Platz für die Aussaat von Mohn zu schaffen, weil der Aufseher glaubte, mit Opium sei ein außergewöhnlicher Gewinn zu erzielen«. Der miserable Zustand Bengalens »und einiger anderer englischer Niederlassungen« verdankt sich der fehlerhaften Politik »der Kaufmannsgesellschaft, die Ostindien unterdrückt und beherrscht«. Das steht, so hebt Smith hervor, in krassem Gegensatz zum »Geist der britischen Verfassung, die Nordamerika schützt und regiert«, wobei er zu erwähnen vergißt, daß es die englischen Siedler sind, die diesen Schutz genießen, nicht aber die »Wilden«.

Tatsächlich war der Schutz der englischen Siedler ein Instrument von zweifelhafter Qualität. Großbritannien, so bemerkt Smith an anderer Stelle, »hat den Bau von Schneidemühlen auf seinen amerikanischen Plantagen durchweg verboten« und den internen Handel mit amerikanischen Produkten strengen Regeln unterworfen, »die die Herstellung [von Hüten, Wolle, Wollprodukten] für den Weiterverkauf wirksam unterbinden und das Gewerbetreiben der Siedler auf jene groben und häuslichen Fabrikationsmechanismen beschränkt, mit denen eine Familie für den Eigenbedarf« oder für enge Nachbarn produziert. Das ist eine in den Kolonialgebieten übliche »offenkundige Verletzung der heiligsten Menschenrechte«.

Nachdem Großbritannien sich 1793 dauerhaft in Indien niedergelassen hatte (»Permanent Settlement«), wurde das Land in Privateigentum umgewandelt, was einigen Vasallen vor Ort Reichtümer und der britischen Regierung Steuereinnahmen bescherte. Eine britische Untersuchungskommission beleuchtete 1832 noch eine andere Seite des Experiments: »Die mit großer Sorgfalt und Entschiedenheit durchgeführte Besiedlung hat, wie wir schmerzlich zur Kenntnis nehmen, fast die gesamten niederen Klassen in betrüblichste Bedrängnis gebracht«. Drei Jahre später berichtete der Direktor der Handelskompanie: »Die Armut ist in der Geschichte des Handels ohne Beispiel. Die Knochen der Baumwollspinner färben die indischen Ebenen weiß.« Dennoch war das Experiment kein völliger Fehlschlag. »Wenn es«, so bemerkte Lord Bentinck, der Generalgouverneur von Indien, »vordem keine Sicherheit vor einem Volksaufstand oder einer Revolution gab, so hat die Besiedlung meines Erachtens, obwohl sie sonst in vielfacher Hinsicht und in den

wesentlichsten Umständen gescheitert ist, zumindest einen großen Vorteil: sie hat eine starke Gruppe von reichen Grundbesitzern geschaffen, die sehr am weiteren Bestehen des britischen Dominions interessiert sind und die die Masse der Bevölkerung fest im Griff haben.« Somit ist das wachsende Elend der Bevölkerung ein geringeres Problem als es zunächst schien. Als die einheimische Produktion verfiel, wurde Bengalen auf exportorientierte Landwirtschaft – zunächst Indigo, dann Jute – umgestellt. Bangladesh produzierte um 1900 mehr als die Hälfte des weltweit geernteten Getreides, doch wurde unter britischer Herrschaft dort nicht eine einzige Mühle zur Verarbeitung gebaut.¹³

Während man Bengalen ausplünderte, wurde die britische Textilindustrie vor der indischen Konkurrenz geschützt; eine wichtige Sache, weil indische Produzenten einen vergleichbaren Vorteil in bezug auf bedruckte Textilerzeugnisse aus Baumwolle auf dem expandierenden britischen Markt genossen. Eine königlich-britische Industriekommission von 1916-18 rief in Erinnerung, daß die industrielle Entwicklung in Indien zu dem Zeitpunkt, als »Handelsabenteurer aus dem Westen« kamen, »nicht hinter den entwickelten europäischen Nationen zurückstand«. Es könnte sogar sein, daß »die indische Industrie sehr viel weiter war als die des Westens zum Zeitpunkt der industriellen Revolution«, bemerkt Frederick Clairmonte, der sich auf britische Untersuchungen beruft. Parlamentarische Erlasse von 1700 und 1720 verboten die Einfuhr bedruckter Stoffe aus Indien, Persien und China; alle bei Zuwiderhandlungen aufgefundenen Güter waren zu konfiszieren, zu versteigern und zu re-exportieren. Ein Importverbot galt auch für Kaliko aus Indien, einschließlich »aller Kleidungsstücke oder Ausstattungen ... in oder an Betten, Sitzkissen, Vorhängen oder sonstigen Haushaltsgegenständen«. Später wurden sogar die Stoffe in und für Indien selbst mit britischen Steuern belegt, so daß Indien gezwungen war, schlechtere Ware aus England einzuführen.

Solche Maßnahmen waren unvermeidlich, schrieb Horace Wilson in seiner 1826 erschienenen *History of British India*: »Andernfalls hätten die Mühlen von Paisley und Manchester gleich zu Anfang mit ihrer Arbeit aufgehört und wären kaum wieder in Bewegung zu setzen gewesen, nicht einmal durch Dampfkraft. Sie wurden durch die Opferung der indischen Hersteller geschaffen.« Der Wirtschaftshistoriker J. H. Clapham zog den Schluß, daß »dieser restriktive Erlass dem Textildruck in Großbritannien einen wichtigen, um nicht zu

sagen nützlichen Impuls gab«. Immerhin war die Textilindustrie ein führender Sektor in der industriellen Revolution. Im neunzehnten Jahrhundert finanzierte Indien mehr als zwei Fünftel des britischen Handelsdefizits, stellte einen Markt für britische Erzeugnisse sowie Truppen für Englands koloniale Eroberungen und Opium, den Hauptartikel im Handel mit China bereit.¹⁴

»Nicht zu übersehen ist die Tatsache, daß diejenigen Regionen Indiens, die am längsten unter britischer Herrschaft standen, heute am ärmsten sind«, schrieb Jawaharlal Nehru. »Man könnte ein Diagramm verfertigen, um die enge Beziehung zwischen der Dauer der britischen Herrschaft und dem fortschreitenden Wachstum der Armut anzuzeigen.« Mitte des achtzehnten Jahrhunderts war Indien nicht nur auf dem Textilsektor ein vergleichsweise entwickeltes Land. »Der Schiffbau florierte und eines der Flaggschiffe eines englischen Admirals zur Zeit der napoleonischen Kriege war von einem indischen Betrieb in Indien gebaut worden.« Diese und viele andere gut etablierte Industriezweige wie »Metallverarbeitung, Glas, Papier und große Bereiche des Handwerks« verfielen während der britischen Herrschaft. Indiens Entwicklung wurde gestoppt, das Wachstum der neuen Industrien blockiert und das Land »zur landwirtschaftlichen Kolonie des industriellen England«. Während in Europa die Urbanisierung fortschritt, wurde Indien »zunehmend ländlich« und der Anteil der vom Ackerbau abhängigen Bevölkerung stieg rasch an. Das war »die wirkliche, grundlegende Ursache für die entsetzliche Armut des indischen Volkes«, schreibt Nehru. 1840 konnte ein britischer Historiker vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß noch bezeugen: »In Indien ist die industrielle Produktion ebenso ausgeprägt wie die landwirtschaftliche, und wer immer dieses Land auf die Agrikultur beschränken wollte, würde seinen zivilisatorischen Rang beschädigen.« Genau das aber, so Nehru, geschah unter dem »despotischen Einfluß« Großbritanniens.¹⁵

In seiner Untersuchung über »Kolonien als Handelsinvestitionen« kommt der brasilianische Wirtschaftshistoriker José de Arruda zu dem Schluß, daß diese Investitionen höchst gewinnträchtig waren, nämlich für die Holländer, die Franzosen und vor allem die Briten, die auch die Vorteile aus den kolonialen Aktivposten Portugals übernahmen. Ferner profitierten die Sklavenhändler, die Kaufleute, die Fabrikanten und die Kolonien von Neuengland, deren Entwicklung durch den Dreieckshandel mit Großbritannien und den Zuckerkolonien Westindiens beschleunigt wurde. »Die koloniale Welt ... erfüllte

ihre Hauptfunktion als Bindeglied für die Anfänge der Kapitalakkumulation.« Sie begünstigte »den Transfer kolonialer Reichtümer in die Metropolen, die dann um die Aneignung des kolonialen Mehrwerts kämpften«. Das trug grundlegend zum wirtschaftlichen Wachstum Europas bei. »*Diese Kolonien machten sich bezahlt*«, lautet Arrudas Schlußfolgerung. Doch die Kalkulationen, fügt er hinzu, lassen den Haupt Gesichtspunkt außer acht: »Die Profite wurden individuell angeeignet, die Kosten aber auf die Gesamtgesellschaft umgeschlagen«. Das System ist wesentlich gekennzeichnet durch »gesellschaftliche Verluste«, die einhergehen mit »der Möglichkeit kontinuierlichen Fortschritts für den Kapitalismus« und für »die privaten Schatzkammern der Handelsbourgeoisie«. Kurz gesagt ist es das alte Lied von den öffentlichen Subventionen und den privaten Gewinnen, das in der Politik besonders gern gesungen wird, wenn ihre Baumeister zu denen gehören, die am Gewinn beteiligt sind.

Im Hinblick auf die Opfer dieses Vorgangs stellt Pearson die – von ihm allerdings nicht vertiefte – Frage, ob »ein alternativer Weg möglich gewesen wäre, um der europäischen Herausforderung wirksam zu begegnen«, so daß China, Indien und andere von Europa eroberte Länder es hätten vermeiden können, »als periphere Bereiche in die Weltwirtschaft einzugehen, Opfer der Unterentwicklung zu werden und zu leiden, als Handelsimperien sich in sehr viel unheilvollere, von einem wirtschaftlich dominanten Westeuropa unterstützte, Territorialreiche verwandelten.«¹⁶

In seiner klassischen, vernichtenden Kritik an Monopolmacht und Kolonisierung macht Adam Smith nützliche Bemerkungen über die britische Politik und weist auf ähnliche Punkte hin wie Arruda. Er beschreibt diese Politik auf zwiespältige Weise und ist schließlich der Ansicht, daß ungeachtet der großen Vorteile, die England aus Kolonialbesitz und Handelsmonopol zog, diese Praktiken sich auf lange Sicht weder in Asien noch in Nordamerika ausgezahlt haben. Er argumentiert dabei vor allem auf der theoretischen Ebene, denn ausreichendes Datenmaterial stand nicht zur Verfügung.

Doch wie überzeugend die Argumentation auch sein mag, läßt Smiths Erörterung auch erkennen, warum sie am eigentlichen Punkt vorbeigeht. Die Kolonien aufzugeben wäre, so lautet seine Schlußfolgerung, »für den größeren Teil des [englischen] Volkes – wenn auch nicht für die Kaufleute –, vorteilhafter als das Monopol, das es zur Zeit genießt«. Zwar belastet das Monopol »die Kolonien mit